

GELDANLAGEN

Im Graubereich

Die skurrile Geschichte der Firma Prokon zeigt, dass Anleger vielen Finanzfirmen noch immer schutzlos ausgeliefert sind. Es fehlen Sanktionsmöglichkeiten.

Sogar den Kampf ums Überleben inszeniert Carsten Rodbertus noch, und zwar als einen zwischen Gut und Böse. Der Prokon-Gründer mit dem markanten grauen Pferdeschwanz und einer Vorliebe fürs Barfußlaufen schweigt öffentlich. Doch auf der Website der Windenergiefirma sind wütende Briefe von Anlegern zu finden, die von einer „Kampagne interessierter Wirtschaftskreise“ fabulieren und Rodbertus den Rücken stärken. „Gerade jetzt müssen wir zusammenhalten!“

Dabei hat Rodbertus selbst die Panik ausgelöst, die sich in den weniger idealistischen Teilen seiner Anlegerschaft gerade breitmacht. Denn Anfang Januar landete ein Brandbrief bei den Prokon-Investoren: Sie sollten bis zum 20. des Monats zustimmen, auf Zinszahlungen zu verzichten – und auf eine Kündigung ihrer Anteile in naher Zukunft. Sonst drohe „Planinsolvenz“.

Und das, obwohl Firmengründer Rodbertus jahrelang das „hohe Maß an Sicherheit“ pries, wenn er bei Sparern Geld für den Bau von Windparks und andere Öko-Investments einwarb.

Damit scheint es nicht mehr weit her – weshalb bei Anlegeranwälten in ganz Deutschland jetzt die Telefone heißlaufen.

Verträge im Wert von mehr als 220 Millionen Euro waren bis Freitag vergangener Woche bereits gekündigt. Die Zukunft von Prokon ist damit zunehmend ungewiss, auch wenn Rodbertus zuletzt die Pleitegefahr wieder herunterspielte. Und Deutschland hat seinen nächsten großen Anlegerskandal – der wie kaum ein anderer zeigt, wie unkontrolliert Finanzfirmen und andere Unternehmen in der Welt des grauen Kapitals noch immer agieren können.

Im Fall von Prokon mussten Finanzaufseher jedenfalls tatenlos zusehen, wie Rodbertus von 75 000 Anlegern satte 1,4 Milliarden Euro einsammelte. Obwohl Experten schon seit Jahren vor seinen wolkigen Versprechen warnen, konnte etwa die Bundesanstalt für Finanzaufsicht (BaFin) sie nie überprüfen. Weil sie schlicht nicht zuständig ist für Firmen wie Prokon.

Wie aber kann das sein? Versprach doch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nach Beginn der Finanzkrise geprellten Anlegern von Pleitebanken wie Lehman und Kaupthing, dass künftig kein Finanzakteur und kein Finanzprodukt mehr unreguliert bleiben sollten.

Doch die Umsetzung des Versprechens verläuft schleppend. Der erste ernsthafte Versuch eines Rundumschlags gegen windige Geschäftemacher auf dem grauen Kapitalmarkt etwa erfolgte erst vergangenes Jahr – in Form eines „Kapitalanlage-gesetzbuches“. Es sollte unter anderem jenen Bereich regulieren, der schon seit Jahrzehnten einen Skandal nach dem anderen produziert: die Welt der sogenannten geschlossenen Fonds.

Doch der Schlag fiel kraftlos aus, dabei versenkten Sparer über diese Form der Gemeinschaftsfinanzierung schon Abermilliarden, angelockt von hohen Renditeversprechen und den beruhigenden Worten der Fondsvorkäufer. Unsummen flossen so in den Bau von Hotels in aller Welt, in Gewerbeimmobilien, Windanlagen oder den Bau von Containerschiffen.

Weil davon allerdings oft vor allem die Fondsanbieter profitierten, während viele Kunden kleine Vermögen verloren, unterstellte die vorige Bundesregierung diese Industrie vergangenes Jahr immerhin der Kontrolle der BaFin – jedoch nicht, ohne großzügige Ausnahmen zu schaffen. Fonds etwa, die weniger als 100 Mil-

lionen Euro verwalten, sind von etlichen Regelungen ausgenommen. „Das ist viel zu lasch“, wettet der Münchner Anlegeranwalt Peter Mattil.

Auch bei vielen anderen Graumarktprodukten sind Sparer kaum oder nur unzureichend geschützt. So sammelt etwa Mittelständler, die oft anderswo kein Geld mehr bekommen, über die Herausgabe von Unternehmensanleihen Millionen bei Privatsparern ein. Die Anbieter locken mit hohen Zinsen und oft auch

PROKON

Gründung Oktober 1995

Mitarbeiter* **1306**Genussrechtsinhaber **75 303**Genussrechtskapital **1,4 Mrd. €**

Quelle: Unternehmensangaben; Stand: 17. Januar 2014 *31. Okt. 2013



Prokon-Filiale in Hannover
„Hohes Maß an Sicherheit“

JULIAN STRATENSCHULTE / PICTURE ALLIANCE / DPA

wird der Rentenbeitragssatz bis 2018 zwar stabil bei 18,9 Prozent bleiben. Ohne ihr kostspieliges Reformpaket allerdings läge er bis dahin bei höchstens 18,3 Prozent. Ein Prozentpunkt Beitrag macht im Jahr etwa zehn Milliarden Euro aus.

Doch auch hier wird es langfristig deutlich teurer, von 2019 an steigt der Beitrag sprunghaft auf 19,7 Prozent, in den bisherigen Prognosen ging die Regierung von 19,1 Prozent aus. Weil sich die Rentenkasse gleichzeitig leert, muss der Finanzminister ab 2019 schrittweise den Bundeszuschuss in die Alterskasse bis 2030 um zwei Milliarden Euro erhöhen.

Der DGB hält die Regierungskalkulationen für viel zu optimistisch. Seine Rentenexperten rechnen damit, dass vor allem wegen der Mütterrente schon 2017 eine Beitragserhöhung fällig wird.

Außerdem werden die Arbeitnehmer von heute auch noch als Rentner von morgen für die Reformen zahlen müssen: Das Rentenniveau, also die Rentenhöhe eines Durchschnittsverdieners nach 45 Beitragsjahren im Vergleich zum durchschnittlichen Lohn, wird wegen der Wohltaten schneller sinken. Im November 2013 sagte die Bundesregierung in ihrer offiziellen Prognose noch ein Sicherungsniveau von 44,4 Prozent im Jahr 2030 vorher. Nun rechnet Nahles nur noch mit 43,7 Prozent. Doch selbst diese Berechnungen sind optimistisch. Sie unterstellen, dass in den kommenden 15 Jahren nichts schief läuft – weder bei der Konjunktur noch bei der Beschäftigung.

Was der Verzicht auf Steuersenkungen und die Rentenbeschlüsse einzelne Arbeitnehmer kostet, hat der Finanzwissenschaftler Reinhold Schnabel von der Universität Duisburg-Essen ausgerechnet (siehe Grafik Seite 65): Allein die Steuerlast des Durchschnittsverdieners mit einem Gehalt von 35 000 Euro steigt bis 2017 um rund 22 Prozent, fast doppelt so stark wie sein Gehalt. Schnabel rechnet bis dahin mit Lohnsteigerungen von 12 Prozent. Statt 5306 Euro muss er 6458 Euro bezahlen. Hinzu kommen 235 Euro an höherem Rentenbeitrag, den sich der Arbeitnehmer mit seinem Arbeitgeber teilt.

Kaum weniger groß sind die Lasten für diejenigen, die doppelt so gut gestellt sind wie der Durchschnittsverdiener. Ihre Steuerlast steigt von 17 508 auf 21 036 Euro, das sind rund 20 Prozent. An zusätzlichem Rentenbeitrag fallen 468 Euro an, und die übrigen Sozialabgaben nehmen ebenfalls dramatisch zu.

Schnabel glaubt nicht, dass es bei diesen Belastungen bleibt. Manches spreche dafür, dass die Beschlüsse am Ende viel teurer werden könnten, als die Große Koalition kalkuliert. „Wenn die Bundesregierung an ihrem Kurs festhält, dann kommt sie nicht darum herum, Steuern und Beiträge tatsächlich anzuheben.“

MARKUS DETTMER, CHRISTIAN REIERMANN

mit beruhigenden Bonitätsnoten von Ratingagenturen, die Kleinunternehmen sehr viel großzügiger bewerten als Großkonzerne. Erste Pleiten, wie die des Laternenherstellers Hess, zeigen, wie gefährlich die Anlagen in Wahrheit sind.

Prokon-Gründer Rodbertus hat sich, wie viele seiner Kollegen aus der Öko-Branche, derweil zur Finanzierung seiner Windparks auf den Vertrieb eines nicht minder gefährlichen Wertpapiers verlegt: des Genussscheins, einer riskanten Finanzierungsvariante, bei der ebenfalls oft üppige Zinsen versprochen werden.

Beobachter warnten schon früh vor dem Geschäftsmodell der Firma aus Itzehoe. Bereits 2010 wunderte sich ein Windenergieexperte über die hohen Zinszahlungen. Im gleichen Jahr verklagte die Verbraucherzentrale Hamburg Prokon erfolgreich wegen irreführender Werbung,

von Klaviermusik, für das vermeintliche Gutmensch-Produkt, mit dem sich oben-drein noch richtig viel Geld machen lässt.

Bis zuletzt tingelten Firmenchef Rodbertus und seine Verkäufer regelmäßig durch ganz Deutschland, um Anleger und solche, die es werden könnten, wortreich von ihrer Mission zu überzeugen.

Auch Klaus Wethmar, 71, ein Rentner mit auffällig warmherziger Stimme, hat Rodbertus bei einem solchen Event kennengelernt – und danach eine Summe „irgendwo zwischen null und 100 000 Euro“ investiert, wie er sagt.

Dabei war Wethmar durchaus skeptisch, mehrere Jahre lang habe er Prokon beobachtet, bevor er sich entschloss. Doch Rodbertus, ein gelernter Buchhalter, der sich nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl den alternativen Energien zugewandt haben will, habe ihn

gemacht wurden, halte er für „unvollständig und oft widersprüchlich“.

Beispielsweise erklärt Prokon, bislang sei ein Verlust von 209 Millionen Euro angefallen. Olbrich bezweifelt allerdings, „dass diese Summe auch schon die Geschäfte von 2013 berücksichtigt“.

„Es ist unglaublich, dass ein Unternehmen wie Prokon Anleger so lange derart hinters Licht führen darf, ohne dass Aufseher eingreifen können“, sagt der Tübinger Rechtsanwalt Heinz Steinhübel. „Für solche Firmen muss es eine laufende Kontrolle geben“, findet auch Dorothea Mohn, Finanzexpertin beim Bundesverband der Verbraucherzentralen. „Schließlich verwalten sie mehr Geld als so manche Sparkasse.“

Doch während Einlagen, die Kunden Sparkassen und anderen Banken anvertrauen, zumindest bis zu einer Summe von 100 000 Euro geschützt sind, droht

weil die Energiefirma ihre Hochrisikopapiere stoisch als „grünes Sparbuch“ bewarb. 2012 kam Michael Olbrich, Professor am Institut für Wirtschaftsprüfung der Universität des Saarlandes, nach einer Analyse des verfügbaren Zahlenmaterials zu dem Schluss, das Unternehmen zahle weit mehr an Zinsen aus, als es mit seinen Windanlagen einnehme. Er hege „Zweifel“ an der Seriosität der Firma, so das nüchterne Expertenfazit.

In der Welt des Prokon-Unternehmers Rodbertus allerdings wirkten solche Warnungen in etwa so durchschlagend wie die Hinweise auf Nebenwirkungen in einem Beipackzettel von Aspirin.

Auf der Prokon-Website pflegt ein aufwendig gemachtes Werbevideo bis heute die Mär von der Vorsorgeinvestition mit dem „hohen Maß an Sicherheit“: Eine Familie entscheidet sich dort, begleitet

überzeugt: ein Mann, der ein Hilfsprojekt in Tansania startet. Der Straßenkinder in Burkina Faso und Rumänien unterstützt. Und der allein durch sein Äußeres scheinbar den Gegenentwurf zu Anzugträgern darstellt, die in Banken Aktien und überteuerte Lebensversicherungen verhöhern.

„Er lebt persönlich, was er sagt“, meint Wethmar, der mit etlichen Mitstreitern eine Art Verein gegründet hat, um für das Überleben der Firma zu kämpfen. Die „Freunde von Prokon“ sind bis heute überzeugt: Das Geschäftsmodell stimmt.

Wirklich nachprüfen lässt sich das nicht. Zwar ist die Website des Unternehmens vollgestopft mit Daten – „viele der Zahlen, die für einen Betriebswirt interessant sind, findet man allerdings nicht“, sagt Wirtschaftsprofessor Olbrich. Die Angaben, die in den vergangenen Jahren

Käufern von Genussscheinen oder anderen Anlagen im grauen Kapitalmarkt im schlimmsten Fall der Totalverlust. Bevor Inhaber von Genussrechten aus der Insolvenzmasse bedient werden, sind erst einmal andere Gläubiger dran: Lieferanten oder kreditgebende Banken.

Eigenen Angaben zufolge hat Prokon-Gründer Rodbertus seine Investitionen allerdings weitgehend ohne Kreditinstitute finanziert – was die Chancen erhöht, dass die Anlegergelder im Pleitefall nicht komplett verloren sind.

Außerdem gebe es ja etliche Windparks und andere Sachanlagen, die notfalls verkauft werden könnten, erklären Anleger hoffnungsvoll. In einer Anlegerinformation wurden die einmal mit rund 1,7 Milliarden Euro bewertet. Bestätigt hat die gewaltige Kalkulation bislang freilich niemand.

ANNE SEITH